

Öffentlichlicher Anzeiger für Teuchern und Umgegend



Anzeigenspreis: Die fünfjährige Fortpflanzung 20, Restsumme 30 Pf.

Anzeigennahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Preisprosa 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Ercheinert wöchentlich 3 mal, am Samstag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Wertejahrlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,90 RM, von unseren Seiten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Wertejahrliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Preisprosa 10, auch von unseren Seiten und allen Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 48.

Donnerstag, den 24. April 1919

58. Jahrgang.

Die Wechselprolongation der Entente.

Jeder weiß, daß ein Wechsel nur so teuer wird, je länger er läuft, denn es treten noch die Zinsen zum Verzugs hinzu. Und nicht minder bekannt ist, daß das Prolongieren, die Verlängerung der Wechsel, den gewinnbringenden Gläubigern nicht selten an harte Bedingungen geknüpft wird, die eine Schraube ohne Ende darstellen. Im bürgerlichen Leben nennt man diese solche Kräfte Käufer. Das Wechsel befracht nun aber den Käufer, aber wenn er durch Strafen ausgenutzt werden könnte, so hätte das längst gesehen müssen. Ein Schuldner in der Notlage bleibt eben immer wieder auf den Willen seines Gläubigers angewiesen. Wenn also der Käufer im bürgerlichen Leben nicht zu vertilgen ist, so wird er noch weniger zu befehligen sein, wenn man ihn mit dem Aniel der Politik befreit. Und dieser Aniel steht ihm gegenüber. Die Entente ist der Gläubiger, Deutschland ist der Schuldner.

Die Entente verfährt heute aller Welt, daß sie dem besiegten Deutschland gegenüber launlich sei, denn sie wolle mit sich reden lassen über die Höhe der jährlichen Raten, in welchen die Kriegsschuldung von uns abgezahlt werden soll. Der Betrag der deutschen Schuld ist dagegen nicht diskutierbar, die will unser Gegner eigenmächtig festsetzen, und wir haben nicht daran zu rütteln. Daß die Höhe der Forderung, sie pendelt von 120—150 Milliarden, allen bisherigen Anschauungen von der Art der Kriegskosten widerspricht, ist bekannt, aber in Gedanken heißt es bei der Entente geradezu: Die in diesen Jahren des Krieges, nicht bilden sein! Daß wir diese Kostenjume weder mit einem Mal, noch in einer begrenzten Reihe von Jahren zahlen können, ist selbstverständlich, und das Unrecht, was der Feind uns antut, wird dadurch nicht geringer, daß es auf eine größere Reihe von Jahren verteilt wird. Das ist also die Verlangung des Wechsels über die Höhe der Kriegsschuld.

Wir können uns des Gedankens kaum erwehren, daß wir durch die Verlängerung der Zahlungsfrist mit Bedingungen befracht werden sollen, die uns schließlich unerträglich vorkommen, so daß wir zur schnelleren Auseinanderlegung bereit sind. Man denkt wohl, daß Deutschland gegen Erziehung der Kriegskosten noch mehr vom feindlichen Gebiete herausgehoben werden sollte, allerdings eine Zustimmung, wir werden lieber das Kreuzerlein bidden, als auf eine weitere Kürzung unserer Grenzen eingehen. Aber auf Verzuge in dieser Richtung müssen wir gefaßt sein. Und in Paris wird man ein solches Verhalten gegenüber Deutschland noch eine feindselige Politik nennen, so daß also jemand sehr auf dem Fußwege ist. Der glaubt, Frankreich könnte sich genieren, uns so etwas anzutun.

Wenn wir diese äußerste Zumutung entschlossen ablehnen, so wird die Wechselprolongation der Entente für uns doch unliebbar genug bleiben. Schon wenn wir jährlich nur 3—5 Milliarden abzahlen wollten, so würde das die Zinsen noch hinzu gerechnet, sehr hart sein. Was dann bei uns in den inneren Wechseln werden sollte, ist gar nicht abzusehen, da wir doch auch noch die eigenen Ausgaben und die heimischen Kriegskosten aufzubringen bzw. zu verzinsen haben. Daraus folgt, daß wir uns mit der sogenannten Kürzung der feindlichen Wechselprolongation, doch nicht begnügen können, indem trotz aller Bestimmungen, die in Paris beschachtet wird, versuchen müssen, von der Gesamtsumme der Kriegskosten einen wichtigen Posten abzuhandeln. Wenn wir auf Menschenalter hinaus nur für den Feind arbeiten sollen, dann schwindet nicht nur jeder Verdienst, sondern auch jede Freude an der Arbeit. Wm.

Grundzüge der deutschen Friedenspolitik.

In der ersten Sitzung des Friedensauschusses der Nationalversammlung, die am 16. April stattfand, führte Reichsminister Erzberger u. a. aus:

Eine der Bedingungen dieses Friedens ist der Wille und volle Willensbereitschaft aller Völker, der großen wie der kleinen. Diese Politik ist von der deutschen Regierung dieser gemeinsamen befolgt worden. Die deutsche Regierung ist von ihrer Verpflichtung niemals abgewichen, die in Paris beschachtet wird, versuchen müssen, von der Gesamtsumme der Kriegskosten einen wichtigen Posten abzuhandeln. Wenn wir auf Menschenalter hinaus nur für den Feind arbeiten sollen, dann schwindet nicht nur jeder Verdienst, sondern auch jede Freude an der Arbeit. Wm.

Seitdem erhalte, in unzureichend, zum Gegenteil, die französische Presse hat den Alliierten den schwersten Vorwurf daraus gemacht, daß sie wichtige Pflichten, die Frankreich für den Schiedenskrieg brauche, nach dem Kräfte der Vorkommen freigegeben hätten, damit das deutsche Volk überhaupt Lebensmittel bekomme.

In zahlreichen Besprechungen, die wir in Berlin und Belmar mit fremden Vertretern zu führen hatten, ist nicht bestritten worden, daß der Hauptpunkt in Paris sich gegen die maßlose Ausprüche der französischen Regierung richtet.

Kein Kabinett in der Welt ist so kapitalistisch, so kapitalistisch, wie das Pariser.

Nirgends ist der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regierung kleiner als in Frankreich. Was Eliaß-Vorkämpfer anbetrifft, so erklärt jetzt die Entente trotz des von ihr proklamierten Selbstbestimmungsrechtes, ein Abkommen der Selbstbestimmten über ihr künftiges Schicksal sei überflüssig. Das eliaß-Vorkämpferische Volk hat sie jedoch damit nicht abgeduldet. Die Bewegung, die Eliaß-Vorkämpfer Autonomie verweigern, ist nicht, wie die anderen Parteien in Frankreich behandelt wurden und fordert eine umfassende Selbstbestimmung. In der Maßstab der Eliaß-Vorkämpfer haben sich harte Strömungen gegen den Anschlag an Frankreich gezeigt. Die Kriegsgelangenungen werden in Frankreich schlechter behandelt als in England. Die Regierung ist bei dieser schlechten Behandlung entgegengesetzt.

Zusammenfassend ist also zu erklären: Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, wie er in dem Notenwechsel mit Wilson dargelegt ist, und ist bemüht, diese gegenüber den Alliierten mit allen Kräften, auch mit Gewalt, zu schützen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Reichsminister Erzberger, daß von der Regierung alles geschehe, um den Anschlag Deutsch-Oesterreichs zu fördern und die Agitation der Franzosen zurückzubringen. Deutschland ist jederzeit bereit.

Der Ausgang eines Waffenstillstandes abzuschließen.

Die deutschen militärischen Operationen im Osten trügen keinen offensiven Charakter.

Die Entente will verhandeln.

In Clemenceaus Einladung, nach Versailles zur Entgegennahme des Textes der Friedenspräliminarien am 25. April, wolle man sich zu entscheiden, wer aus drücklich verlangt worden, daß dieselben sich auf diese Punkte beschränken sollten. Die deutsche Regierung konnte demnach den Delegierten nur die Vollmacht zu dieser Entgegennahme erteilen und hielt es mit Recht für ausreißend, zu diesem Zweck hat der ursprünglich in Aussicht genommene Friedensdelegation nur drei Delegierte mit zwei Dolmetschern und zwei französischsprachigen Dolmetschern zu entsenden. Und zwar bestimmte sie, wie sie in ihrer Antwort auf die Einladung mittel- bis als Delegierte den Grafen v. Helldorf, den Grafen v. Helldorf, v. Keller und den Wirklichen Legationsrat Ernst Schmidt. Sie beabsichtigte aber, falls Herr v. Helldorf der Wunsch ausgesprochen werden sollte, daß zu Verhandlungen bevollmächtigte Vertreter nach nachträglich nach Versailles geschickt werden sollen, diesem Wunsch zu entsprechen. Denn sie will selbstverständlich am Frieden kommen und keinen Schritt tun, der die Aufnahme von Verhandlungen erschweren oder gar unmöglich machen könnte.

Offiziell hat die Antwort der deutschen Regierung die alliierten Regierungen enttäuscht, obwohl man nach dem fassen Wortlaut der Einladung nach Versailles keine andere in Paris erwarten konnte. Der französische Ministerpräsident sucht nun den Anschein zu erwecken, daß er mühsam worden sei, und wird in einer neuen Note deutlicher, aber nicht so deutlich, als es die schicksalshafte Angelegenheit erfordert.

Neuer Notenwechsel.

Wie das Woffische Bureau unterm 21. April meldet, hat im Anschlag auf das Telegramm, mit dem die Deutsche Regierung am Abend des 19. April die Einladung der alliierten und assoziierten Regierungen vom 25. April nach Versailles erwider hat, General Dubant der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa am 20. April um 11 Uhr 35 Minuten folgende Note überhandelt:

Der Vorsitzende des Ministerrats und Kriegsminister telegraphiert am 20. April 1919:

„Ich bitte Sie, der Deutschen Regierung die folgende Antwort der bevollmächtigten und assoziierten Regierungen zu übermitteln.“

Die alliierten und assoziierten Regierungen können nicht Abgeordnete entsenden, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, so wie es die Deutsche Regierung vorschlägt. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der Deutschen Regierung zu fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. „ca. Dubant.“

Im Widerspruch zu seiner ersten Note verlangte also Herr Clemenceau, daß unsere Delegierten mit ebenso umfangreichen Verhandlungsvollmachten wie die Vertreter der alliierten Mächte ausgestattet sein sollen. Wie umfangreich aber diese Vollmachten der alliierten Mächte sind, ob sie sich nur auf die Verhandlungen über die Ausführung beziehen oder ob sie auch zu Verhandlungen über den Inhalt ermächtigen, wird wiederum nicht klar zum Ausdruck gebracht. Die Leitung der Pariser Friedenskonferenz hat den Inhalt der neuen Note in der Form der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß der Rat der Vier seine Vertreter entsenden könne, die lediglich Worten seien; die Deutsche Regierung müsse Vertreter entsenden mit den gleichen Vollmachten wie sie die Vertreter der Alliierten haben.

Die deutschen Gegenbedingungen.

Zur Beantwortung der neuen Note Clemenceaus hat die Deutsche Regierung in der Voraussetzung, daß im Anschlag auf die Uebergabe des Entwurfs der Präliminarien Verhandlung in Genäber der Präliminarien Vollmachten verleihe Personen zu Delegierten bestimmt: Reichsminister des Auswärtigen Dr. Graf v. Bredow, Reichsminister des Innern Dr. Graf v. Helldorf, Reichsminister des Reichswirtschafts Dr. Graf v. Helldorf, Reichsminister des Reichswirtschafts Dr. Graf v. Helldorf, Reichsminister des Reichswirtschafts Dr. Graf v. Helldorf, Reichsminister des Reichswirtschafts Dr. Graf v. Helldorf.

Weiter heißt es in dem Telegramm, daß der Reichsminister des Auswärtigen, Graf v. Bredow, am 21. April nachmittags an seinen Vertreter in Spa mit dem Entwurf um Mitteilung an den dortigen französischen Vertreter zur Weitergabe an die alliierten Regierungen laute:

„Die Deutsche Regierung ist bereit, die vorstehend bezeichneten Personen nach Versailles zu entsenden, wenn ihr die Zulassung gegeben wird, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthalts dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegraph und Telefon zum Verkehr mit der Deutschen Regierung gewährleistet ist. Sie behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu benennen.“

Die Abreise der Delegierten und ihrer Begleiter würde sich jedenfalls um einige Tage verzögern.“

Zerstreue der französischen öffentlichen Meinung.

Das französische Publikum wird in Unkenntnis darüber gelassen, daß Clemenceau selber die Aufgabe der deutschen Delegierten auf die Entgegennahme des Textes der Friedenspräliminarien einschränkte. Die französische Regierungspresse stellt die Sache sogar so dar, als ob die deutsche Regierung die Unterhandlungen rundlos verschleppen wolle durch die Weigerung, in Verhandlungen mit genügenden Vollmachten nach Versailles zu senden.

Der Bürgerkrieg in Bayern.

Angsbung von Regierungstruppen genommen. — Nach dem Plan der radikalen Elemente sollte am Donnerstag Augsburg aus neue in die Gewalt der Mätereipublik fallen. Aus diesem Grund und weil Augsburg in der Gewalt der Mätereipublik dem Süden der gegen München überdauernden Seeerstraße gefährlich hätte werden können, wurde der Versuch gegeben, Augsburg durch Abzugstruppen des Oberlandes durch Regierungstruppen zu besetzen. Von Norden, Süden und Südosten rückten die Regierungstruppen in Augsburg und die Vorstädte ein, und zwar Bayern und Württemberg. Sie beabsichtigten sich nach Kampfen des Bodmeringens, der Artillerieerleerung, der Infanterieerleerung und des Artillerieerleerung.

Das Stadtkommando, in welchem sich die Kommandantur und das Hauptpostamt befanden, mußte im Sturm genommen werden. Sowohl Kommandantur und Hauptpostamt waren von den erbittert kämpfenden Mätereipublik und radikalen Elementen besetzt. Auf dem Hauptpostamt waren sogar Maschinengewehre untergebracht. Am Eingang der Suburbane waren zwei Maschinengewehre aufgestellt, welche das Viertel mit Beschuss besetzten.

Dem Stadtkommando wurden von dem Führer der Regierungstruppen am frühen Morgen telefonisch die Bedingungen für die Uebergabe der Stadt übermitteln: nämlich 1. Ueborgabe der Kommandantur, 2. Ueborgabe der Mätereipublik, 3. Ueborgabe der Mätereipublik, 4. Ueborgabe der Stadt durch Regierungstruppen, 5. Bildung einer Kolonne in Augsburg, entsprechend den fünf ganz Bayern gegebenen Vollmachten, die auch die

wor vor einigen Wochen bei einem Diebstahlsverfuge in Pfaffroda festgenommen worden. Trischmann hat den Mord eingestanden.

Vermischtes.

Bestialischer Raubmord. Am Mittwoch nachmittag fand man in einem Hause in Groppenbruch bei Dortmund die aus 5 Personen und einem Dienstmädchen bestehende Familie des Markenfotografen Bestmann ermordet auf. Die sofort angestellten Nachforschungen der Kriminalpolizei führten zur Ermittlung und Festnahme des Täters, des 19-jährigen Bergmanns Ritter. Der Täter, dem die Familie Bestmann für die Nacht Unterkunft gewährt hatte, schlug mit einem Beil nacheinander die Ehefrau, die drei Kinder und das Dienstmädchen nieder und erschoss den morgens von der Arbeit heimkehrenden Markenfotografen mit einem Revolver. An Geld, auf das Ritter es hauptsächlich abgesehen hatte, fielen ihm 25 Mark in die Hände.

Die Heeresvorräte. Die Veränderungen von Heeresvorräten, die in den letzten Wochen vorgenommen sind, z. B. in Tangemünde an der Elbe im Werte von fünf Millionen Mark, waren recht bebauerlich, weisen aber darauf hin, mit dem Abbau dieser Vorratslager energisch fortzufahren. Die Bestände können besser verwendet werden, als den Lagerbuchhaltern

zuerst zu geben. In München ist jetzt in der vom munifizierten auch viel vernichtet worden. Außerdem sind Waren da, für die sich die Aufbeziehung in der Tat erkräftigt. Das wird u. a. von Sachverständigen vom Wein behauptet, für den ganz übertriebene Preise festsetzen. Eine kluge Öffnung der feststehenden Weinlager würde eine Senkung der Preise schnell herbeiführen. Natürlich muß erneuten Aufkäufen vorgegangen werden.

* Eine unannehmliche Tat. In Rodach (Sachsen-Rothburg-Gotha) hat ein elfjähriges Mädchen ermordet worden. Teile der Leiche waren dann bei einem Rodacher Gastwirt wiedergefunden worden, der sie als 5 Jahre alte Leiche getauft hatte. Es gelang, den Täter in der Person des 29-jährigen Sächsischbündlers Böhrenburg in Altsleben (Unterfranken) zu verhaften. Er stand dann, daß er Leichenteile an drei verschiedenen Stellen verkauft hatte.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 23. April. Die Arbeiter der Eisenbahnstation Siargard traten gestern morgen in einen Streik, dem sich auch die Streckenarbeiter angeschlossen haben. Es sind daher, wie das V. T. berichtet, gestern weder Eisenbahnzüge von Siargard abgelassen, noch welche von Stettin abgegangen. Infolgedessen konnte auch der Zug Berlin-Danzig nur bis Stettin gefahrt werden.

Furchtbare Lage in München.

Berlin, 23. April. Die Lage in München stellt sich, wie in der heutigen Allgemeinen Zeitung gelangt wird, nach Berichten eines Münchener Journalisten, der im Landtag der Regierung Mitteilung machte, folgendermaßen dar: Hungersnot, Schrecken, Plünderungen, Raub, Gemalthe und Mord, das ist das Ergebnis der Spartakistenherrschaft weniger Tage. Kinder und Kranke, Greise und Frauen, standen dahin denn die Bauernschaft weigert sich nach München Lebensmittel zu liefern. München steht vor dem Bankrott und Waffeneinsatz.

Die Murnuchen in Hamburg.

Hamburg, 23. April. Die Urkunden der beiden Overtage nahmen auch heute ihren Fortgang. Demasfinte Autos verteilten während des Vormittags in St. Pauli Waffen und Munition an die Bevölkerung. Daran schloß jagen 200-500 Mann durch die Straßen, saubten Postämter aus, führten einige Bekleidungsstammern und besuchten wieder mehrere Wachen in ihren Besitz zu bringen. Die Wache 15 wurde von ihnen genommen. Über Hamburg, Altona und Wandsbek ist der Belagerungszustand verhängt.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle fähigkeitsfähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen militärisch ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 90 und älter.

Im Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

aufgestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtenstruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Entstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung der alten, ruhmreichen Regimente usw. fortspinnen. Wer also trenn an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland gekämpft hat, der melde sich in erster Linie.

Wünschenswert sind Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskünfte.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. R. v. Kleff.

Kräftig. Oftermädchen

welches zu Hause schlafen kann, per 8. Mai gesucht. Zu melden bei

Ehrler, Obstverwertung.

20 Leute

werden sofort eingestellt. Anmeldung im Kontor der

Erziehungsfabrik Trugers.

Arbeiter

stellt ein

Harl Borg.
Biegelei, Bahnh. 19.

Junges Mädchen

mit guter Handschrift für leichte Kontorarbeiten gesucht.

Friedr. D. Seidler
Steinweg 8.

Älteres unabhängiges

Mädchen

zum 1. Mai gesucht.

G. Schirmer.

Fernspr. 6. Ferdinand Gresse, Teuchern. Bahnstr. 1.

empfehlen:

Gusseiserne email. Kessel
email. Stahlblech-kessel

Dachpappe
(in verschiedenen Stärken)

Dachteer

Karbolinum

grosse Auswahl in:

Eisernen Herden

Leipziger Oefen

Feuertüren und

Essenschiebern

Drahtgeflecht

Fenstergewebe

Stacheldraht

Von Emaillewaren

sind folgende Artikel in grosser Anzahl eingetroffen:

- Kochtöpfe**
- Schüsseln**
- Ringtöpfe**
- Kaffeekocher**
- Kaffeekannen**
- Milchkrüge**
- Reibeisen**
- Wannen, oval**
- Stürzenhalter**
- Henkeltöpfe**
- Eimer**
- Austulöffel**
- Teller**
- Durchschläge**
- Kaffeeflaschen**
- S.S.S. Garnituren**
- Waschbecken**
- Trinkbecher**
- Kehrschaufeln**
- Seifennäpfe**
- Leuchter**

in verz. Blechwaren

sind vorhanden:

- Eimer**
- Kessel**
- grosse Badewannen**
- Kinder-Badewannen**
- Fussbadewannen**
- ovale Aufwaschwannen**
- Jauchenschöpfer**
- Waschbretter mit Zinkeinlagen**
(In verschiedenen Preislagen)
- Weissblechreib-eisen**
- Kaffeeseibe**
- Mehlsiebe**

Ferner:

- Aluminium-Geschirre (garant. Rein-Aluminium schwere Ausführung)**
- Wachständer**
- eiserne Bettstellen**
- Sturmleaternen**
- Spaten**
- Düngerabeln**
- Düngerhaken**
- eiserne Rechen**
- Holz-Rechen**
- Gartenhacken**
- Spatenstiele**
- Schaufelstiele**
- Hackenstiele**
- alle Sorten **Schaufeln**

- Wirtschaftswagen**
- Tafelwagen**
- Dezimalwagen**
sowie sämtl. Gewichte
- Reibemaschinen**
- Wandkaffeemühlen**
- Kaffeemühlen**
(mit Blech- und Holzgehäuse)
- Grosse Auswahl in **Solinger Stahlwaren**
als:
- Messer u. Gabeln**
- Scheren**
- Küchenmesser**
- Fleischermesser**
- Taschenmesser**
- Haarschneidemaschinen**
- Rasierapparate**
- Geflügelscheren.**

Bellachini kommt am 26. April nach Teuchern. Benno Pomröno der Mann mit 1000 Händen.

Lebensmittelmarken.

Am Freitag, den 25. d. Mts., nachmittags von 3-4 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Lebensmittelmarken** für die Zeit vom 28. April 1919 bis 11. Mai 1919 ausgegeben.

Teuchern, den 22. April 1919.

Der Bezirksrat. Zimmermann.

Unter den Pferdebestände des Spediturs Otto Köhler und des Fuhrwerkbesitzers Walter Seibel hier ist die Hande festgestellt worden.

Teuchern, den 18. April 1919.

Die Volksgewerwaltung. Zimmermann.

Protestversammlung

gegen Abtrennung des Saarbeckens von Deutschland.

Donnerstag, den 24. April abends 8 Uhr

im Gasthof zum Löwen.

1. Vortrag mit Lichtbildern und Demonstration.
 2. Sammlung von Unterschriften.
- Zur Deckung der Unkosten wird ein kleiner Beitrag von 20 Pfg. erbeten.

Der Ausschuß.

Beamtenvereinigung Teuchern und Umgegend.

(Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes.)

Sonntag, den 27. April, Nachmittags 3 Uhr

in Vertholds Restaurant in Teuchern

Vortrag: Landtagsabgeordneter Köster-Beiß „Gefährdung der Grundrechte der Beamtenschaft und Deutscher Beamtenbund“.

Alle Beamte mit ihren Frauen von Teuchern u. Umg., auch Nichtmitglieder, werden zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen.

(Ortsgruppe für Teuchern und Umgegend.)

Sonabend den 26. April abends pünktlich 8 Uhr

Volksgewerwaltung

im Saale des Gasthofs zum Löwen in Teuchern.

Tagesordnung:

1. Vortrag eines von der Centrale des Volksbundes in Berlin kommenden Redners über Zweck, Ziele u. bisherige Tätigkeit des Bundes.
2. Mittelungen.

Der Vorstand.

J. A. Engbers, Lehrer, Vorsitzender.

Anmerkung: Zur Bestreitung der Unkosten werden pro Person 10 Pfg. Eintrittsgeld erhoben.

D. C.

Achtung! Obstpächter! Achtung!

Sämtliche Obstpächter im Kreise Weissenfels werden zwecks wichtiger Besprechung gebeten,

am Sonnabend, den 26. April

vormittags 10 Uhr in Schumanns Garten zu Weissenfels recht zahlreich im eigensten Interesse zu erscheinen. Die Tagesordnung wird bei der Eröffnung bekannt gegeben.

Die Einberufer.

Donnerstag, den 24. h. Mts.

trifft wieder ein großer Transport

Weser Marsch-Derkel und Läufer Schweine

bei mir ein Fernspr. 371.

Gustav Schnellhardt, Weissenfels, Katharinenstraße 24.

Achtung!

Donnerstag den 24. April abends 6 Uhr

Mitglieder-versammlung

im Gasthof z. Weissen Baum.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Gedenktage und Bergleitung des Uberschusses an Kriegsgüterbehalten.
 2. Ueber die Forderungen an die Reichsregierung.
 3. Berichtbehalten.
- Das pünktliche Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich.

Kriegsbeschädigte, Ortsgruppe Teuchern.

Der Vorstand.

Künstlerpostkarten

zu haben bei

Otto Riefmann.

Stiefzwiebeln

werden in kleinen Posten abgegeben Kreisstelle für Obst- und Gemüseverwertung.

Prima Thüringer Rot- und Gelbklee, Thüringer Luzerne

und rote und gelbe Eekendorfer Rübenkerne,

Original-Büchtereiaut offeriert billig

Paul Friedrich, Teuchern.

Original-Büchtereiaut offeriert billig Paul Friedrich, Teuchern.

Marie Wagner Hermann Todte grüssen als Verlobte.

Ostern 1919.

Kleinschocher. Teuchern.

Suche

zum 1. Mai ehelichs Mädchen für meinen Haushalt bei hohem Lohn.

Frau Probiantamts-Inspektor Otto Weissenfels, Südstraße 16 II 8-4 Uhr.

Mädchen,

15 bis 16 Jahre alt, für sofort oder 1. Mai gesucht.

Frau Weinhandlung C. Voigt, Jacobstraße bei Teubitz.

Damenrad

mit Gummibereifung wird zu kaufen gesucht. Angebote unter H. W. 50 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Gebrauchtes Piano, (auch befestigt) zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter P. H. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Garnierte u. ungar.

Damen- und Kinder-Hüte

neu eingetroffen.

Frieda Stawitzke Steinweg 2.

Frauenhaar

zu höchst. Preisen Ernst Reiche Teuchern

Schulzfußböden

werden wieder schön mit Theorittfarbe. In Wasser gelöst, streichfertig. Fakt M. 3.50 franco Nachnahme, reicht für 3 Zimmer. Viele Anst. Allen-Vierant:

Max Brüger, chem., techn. B. obulte, Dresden-A., Ziegelstr. 59.

Schirmers Restaur.

Täglich

Sauerbraten

Läufer Schwein zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Todesanzeige.

Montag früh entschlief nach kurzem aber schweren Krankenlager unser kleines

Mädchen

im zarten Alter von 9 Wochen. Dies zeigt tiefbetäubt an Familie Otto Rasmussen, Teuchern den 21. April 1919.

Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 4 Uhr statt.

Statt Karten.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen

Rosel Bachmann Erich Moreitz

Ostern 1919

Gröben.

Grube von Voss.

Statt Karten.

Louise Wiebach Arthur Uhlig

grüssen als Verlobte.

Ostern 1919.

Teuchern.

Regis.

Prima holl. Schokoladen-Pulver

reines Kakao und Zucker

empfiehlt

Bruno Billhardt.

Achtung!

Weissen Beton-, Fuß- und Baufand (Meter 2 Ml.) hat abgegeben

Johannes Richter, Ziegelei Unterwerschen.

Todesanzeige.

Am ersten Osterfeiertag entschlief im Krankenhaus zu Hohenmölsen nach kurzer Krankheit unser lieber Vater

Gustav Pölte,

ihm folgte heute morgen unsere liebe gute Mutter

Frau Bertha Pölte

geb. Rudolf

nach langem, schwerem Leiden nach.

Dies zeigen tiefbetäubt an die trauernden Hinterbliebenen

Hermann Rudolf

Richard Pölte

Marie Büchner, geb. Pölte

Frieda Pölte.

Teuchern, den 22. April 1919.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Todesanzeige.

Am 14. April früh 1/3 Uhr verschied an den Folgen einer sich im Felde zugezogenen Krankheit im Reserve-Lazarett Saalhausen mein lieber guter Sohn und Bruder der

Sergt. Fritz Häuber.

Die Einäscherung fand am 18. April Nachmittags 1/3 Uhr im Krematorium zu Dresden statt.

In tiefer Trauer

H. Häuber und Geschwister.

Gröben, Grube Johannes, den 21. April 1919.

Für die vielen Beweise wohlthuerer Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau

Amalie Berger

geb. Morenz

sage ich hierdurch im Namen aller Hinterbliebenen herzlichsten Dank.

Teuchern, den 23. April 1919.

Wilhelm Berger, Obersteiger a. D.

Verantwortlich: Druck und Verlag von Otto Biermann Teuchern.

Öffentlichlicher Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Angelpapier: Die fünfgehaltene Kopfsache 20, Kleinsache 30 Pf.

Anzeigennahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Spätere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unserer Hand sein.

Ercheinensmahl 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtsjährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,00 Mk. von unsern Böten ins Haus gebracht 1,75 Mk. und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Stichtsjährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungstraße 10, auch von unsern Böten und allen Postämtern angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 48.

Donnerstag, den 24. April 1919

58. Jahrgang.

Die Wechselprolongation der Entente.

Jeder weiß, daß ein Wechsel um so teurer wird, je länger er läuft, denn es treten noch die Zinsen zum Betrage hinzu und nicht minder bekannt ist, daß das Prolongieren, die Verlängerung der Wechsel, von gemütsfähigen Gläubigern nicht selten an harte Bedingungen geknüpft wird, die eine Schraube ohne Ende darstellen. Im bürgerlichen Leben nennt man eine solche Paris'sche Schraube. Das Wechsel befracht nun zwar den Käufer, aber wenn er durch Streit ausgesetzt werden könnte, so hätte das längst gelassen müssen. Ein Schuldner in der Notlage bleibt eben immer wieder auf den Willen seines Gläubigers angewiesen. Wenn also der Käufer im bürgerlichen Leben nicht zu vertieren ist, so wird er noch weniger zu vertieren sein, wenn man ihn mit dem Mantel der Politik bekleidet. Und dieser Mantel steht mir gegenüber. Die Entente ist der Gläubiger, Deutschland ist der Schuldner.

Die Entente verhandelt heute aller Welt, daß sie dem besiegten Deutschland gegenüber kulant sei, denn sie wolle mit sich reden lassen über die Höhe der jährlichen Raten, in welchen die Kriegskostenabgabe von uns abgezahlt werden soll. Der Betrag der deutschen Schuld ist dagegen nicht diskutierbar, die will unser Gegner eigenmächtig festsetzen, und wir haben nicht daran zu rütteln. Daß die Höhe der Forderung, sie pendelt von 120-150 Milliarden, allen bisherigen Anschauungen von der Art der Kriegskosten widerspricht, ist bekannt, aber in Geldsachen heißt es bei der Entente geradezu: wie in Dingen der Vergütung des Rechts, nicht bilde sein! Daß wir diese Kostensumme weder mit einem Mal, noch in einer begrenzten Reihe von Jahren zahlen können, ist selbstverständlich, und das Unrecht, welches der Feind uns antut, wird dadurch nicht geringer, daß es auf eine größere Reihe von Jahren verteilt wird. Das ist also die Prolongation des Rechts über die deutsche Kriegsschuld.

Wir können uns des Gedankens kaum erwehren, daß wir durch die Verlängerung der Zahlungsfrist mit Bedingungen befracht werden sollen, die uns schließlich unerträglich vorkommen, so daß wir zur schnelleren Auseinandersetzung bereit sind. Man denkt wohl, daß Deutschland gegen Streckung der Kriegskosten noch mehr von seinem Gebiet herausgeben wird. Das ist allerdings eine Täuschung. Wir werden lieber das Meeresschiff dulden, als auf eine weitere Ritzung unserer Grenzen eingehen. Aber auf Versuche in dieser Richtung müssen wir gefaßt sein. Und in Paris wird man ein solches Verhalten gegenüber Deutschland noch eine staatsrechtliche Politik nennen, so daß also jemand sehr auf dem Holwege ist, der glaubt, Frankreich könnte sich genieren, uns so etwas anzutun.

Wenn wir diese äußerste Zumutung entfallen lassen ablehnen, so wird die Wechselprolongation der Entente für uns doch unheilbar genug bleiben. Schon, wenn wir jährlich nur 3-5 Milliarden abzahlen sollten, so würde das die Zinsen noch hinauf gedrückt. Sehr hart sein. Was dann hat uns in den inneren Kriegskosten raffen werden sollte, ist gar nicht abzusehen, da wir doch auch noch die eigenen Ausgaben und die heimischen Kriegskosten aufzubringen haben, zu veranlassen haben. Daraus folgt, daß wir uns mit der sogenannten Situation der feindlichen Wechselprolongation denn doch nicht begnügen können, sondern noch allerhand Mittel, die in Paris beobachtet wird, versuchen müssen, von der Gesamtsumme der Kriegskosten einen nützlichen Posten abzuhandeln. Wenn wir auf Menschenalter hinaus nur für den Feind arbeiten sollen, dann schwindet nicht nur jeder Verdienst, sondern auch jede Freude an der Arbeit. Wm.

Grundzüge der deutschen Friedenspolitik.

In der ersten Sitzung des Friedensausausschusses der Nationalversammlung, die am 16. April stattfand, führte Reichsminister Erzberger u. a. aus:

Eine der Bedingungen dieses Friedens ist der Waffenstillstand mit voller Wiederherstellung aller Völker, der großen wie der kleinen. Diese Politik ist von der deutschen Regierung dieser gewissheit befolgt worden. Die deutsche Regierung ist von der Überzeugung durchdrungen, daß eine Verhandlung aller Völker zu Frieden und eine neue Welt des Rechts und der internationalen Solidarität aufbauen zu helfen. Diese Politik ist auch von der Waffenstillstandskommission im vollen Verständnis und mit allen Kenntnissen durchgeführt worden. Insbesondere hat sie sich die deutsche Regierung streng gehalten, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu verschärfen. Sie hat auch niemals, wie dies von gewisser Seite in der Presse für zum Bewusstsein gebracht ist, wichtige Nachrichten aus dem Ausland, namentlich aus Frankreich, dem deutschen Volke vorenthalten. Die deutsche Regierung ist feinerlei Heuler aus. Sie hat allerdings nicht die Möglichkeit, alle Forderungen aus dem öffentlichen Munde dem deutschen Volke zu unterbreiten. Eine kleine Gruppe von naiven politischen Konstruktoren in Deutschland ist der Ansicht, daß jetzt die europäischen Kontinentalmächte zu einem Bunde zusammengefaßt werden müssen, um die Schritte gegen das Angelfolk zu tun. Wenn die Regierung sich dem anschließt, würde sie die Gegenstände zum Angelfolk vorenthalten und die Grundfragen des Völkervertrages verschandeln. Die Behandlung, die Deutschland sich heute auszeichnet, daß Deutschland die

bedürftig erhalte, ist unzureichend. Am ehesten, die französische Presse hat den Alliierten den schweren Vorwurf daraus gemacht, daß sie wichtige Schritte, die Frankreich für den Schabensatz brauche, nach dem Willkür kommen freigegeben hätten, damit das deutsche Volk überhaupt Lebensmittel bekomme.

In zahlreichen Besprechungen, die wir in Berlin und Weimar mit fremden Vertretern zu führen hatten, ist mir bekräftigt worden, daß der Deutschland in Paris sich gegen die maßlosen Ansprüche der französischen Regierung richtet kein Kabinett in der Welt ist so kapitalistisch-konventionell wie das Pariser.

Nirgends ist der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regierung kleiner als in Frankreich. Was Elsbach-Bohringen anbetrifft, so erklärt jetzt die Entente trotz des von ihr proklamierten Selbstbestimmungsrechtes, eine Abstimmung der Elsbach-Bohringer über ihr künftiges Schicksal sei unerlässlich. Das elsbach-Bohringer Volk hat sie jedoch damit nicht abgelehnt. Die Bewegung, die Elsbach-Bohringer Autonomie verschaffen will, wächst in der Bevölkerung von Tag zu Tag. Der Führer dieser Bewegung Dr. Müller, der von den Franzosen verhaftet worden sollte, hat sich den durch die Furcht nach der Schweiz entzogen. Selbst Vertreter will Elsbach-Bohringer nicht wie die anderen Departements in Frankreich behandelt werden und fordert eine umfassende Selbstbestimmung. In der Münchener Arbeiterkammer haben sich harte Erklärungen gegen den Vorschlag an Frankreich gezeigt. Die Kriegskosten werden in Frankreich schlechter behandelt als in England. Die Regierung ist stets dieser schlechten Behandlung entgegengetreten. Zusammenfassend ist also zu erklären: Die deutsche Regierung steht nicht nur auf dem Standpunkt, wie er in dem Rotemittel mit Wilson dargelegt ist, und ist bemüht, einen



französische Vertreter haben nun den Anschein zu erwecken, daß er mitgeraten worden sei, und wird in einer neuen Note deutlicher, aber nicht so deutlich, als es die schicksalshafte Angelegenheit erfordert.

Deutscher Protestbrief.

Wie das Wollfische Bureau unterm 21. April meldet, hat im Anschluß an das Telegramm, mit dem die Deutsche Regierung am Abend des 19. April die Einladung der alliierten und assoziierten Regierungen zum 25. April nach Versailles erwidert hatte, General Hubant der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa am 20. April nachmittags 5 Uhr 25 Minuten folgende Note überandt:

„Der Vorkommende des Ministerrats und Kriegsminister telegraphiert am 20. April 1919: „Ich bitte Sie, der Deutschen Regierung die folgende Antwort der verbundenen und assoziierten Regierungen zu übermitteln:

Die alliierten und assoziierten Regierungen können nicht Abgeandte empfangen, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, so wie es die Deutsche Regierung vorschlägt. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der Deutschen Regierung zu fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Besamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. „p. Hubant.“

Am Widerspruch zu seiner ersten Note verlangt also Herr Clemenceau, daß unsere Delegierten mit ebenso umfangreichen Verhandlungsvollmachten wie die Vertreter der alliierten Mächte ausgestattet sein sollen. Wie umfangreich aber diese Vollmachten der alliierten Mächte sind, ob sie sich nur auf die Verhandlungen über die Ausführung beziehen oder ob sie auch zu Verhandlungen über den Inhalt ermächtigen, wird wiederum nicht klar zum Ausdruck gebracht. Die Meinung der Pariser Friedenskonferenz hat den Inhalt der neuen Note in der Form der Deffenlichkeit bekanntgegeben, daß der Rat der Vier keine Vertreter empfangen könne, die lediglich bitten; die Deutsche Regierung müsse Vertreter entsenden, mit den gleichen Vollmachten wie die Vertreter der Alliierten haben.

Die deutsche Gegenbedingungen.

In Beantwortung der neuen Note Clemenceau hat die Deutsche Regierung in der Voraussetzung, daß im Anschluß an die Uebergabe des Entwurfs der Präliminarien Verhandlungen in Genä über deren Inhalt beabsichtigt werden, folgende mit entsprechenden Vollmachten versehene Personen zu Delegierten bestimmt: Reichsminister des Außenwerts Dr. Graf Brockdorff-Rangau, Reichsjustizminister Dr. Vandsberg, Reichspostminister Giesberts, Präsident der Preussischen Landesversammlung Heinert, Dr. Karl Melchior, Professor Dr. Schäffgen.

Als Begleiter der Delegierten sind weitere Personen in Aussicht genommen, deren Namen und Stellung die Deutsche Regierung baldigst in einem zweiten Telegramm bekanntgeben wird.

Weiter heißt es in dem Telegramm, das der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rangau am 21. April nachmittags an seinen Vertreter in Spa mit dem Erlauchen um Mitteilung an den dortigen französischen Vertreter zur Weitergabe an die alliierten Regierungen sandte:

„Die Deutsche Regierung ist bereit, die vorstehend bezeichneten Personen nach Versailles zu entsenden, wenn ihr die Zulassung gegeben wird, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthaltes dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegraph und Telefon zum Verkehr mit der Deutschen Regierung gewährleistet ist. Sie behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu benennen.

Die Abreise der Delegierten und ihrer Begleiter würde sich jedenfalls um einige Tage verzögern.“

Zerziehung der französischen öffentlichen Meinung. Das französische Publikum wird in Unkenntnis darüber gelassen, daß Clemenceau selber die Aufgabe der deutschen Delegierten auf die Entgegennahme des Textes der Friedenspräliminarien eingeschränkt. Die französische Regierungspresse stellt die Sache sogar so dar, als ob die deutsche Regierung die Unterhandlungen rundlos verschleppen wolle durch die Weigerung, Unterhändler mit genügenden Vollmachten nach Versailles zu senden.

Der Bürgerkrieg in Bayern.

Augsburg von Regierungstruppen genommen.

Nach dem Plan der radikalen Elemente sollte am Donnerstag Augsburg aufs neue in die Gewalt der Vaterrepublik fallen. Aus diesem Grund und weil Augsburg in der Gewalt der Vaterrepublik dem Frieden der gegen München operierenden Heeresstelle gefährlich hätte werden können, wurde der Befehl gegeben, Augsburg beim Morgenanbruch des Donnerstags durch Regierungstruppen zu besetzen. Von Norden, Süden und Südosten rückten die Regierungstruppen in Augsburg und die Besatzung die, und zwar Bayern und Würtemberg. Sie bemächtigen sich nach Kampfen des Erdvermagens, der Artillerielager, der Infanteriekaserne und des Militärdepots.

Das Stadtwort, in welchem sich die Kommandantur und das Hauptpostamt befinden, mußte im Sturm genommen werden. Obwohl Kommandantur und Hauptpostamt waren von den erkrankten kampfenden Matrosen und radikalen Elementen besetzt. Auf dem Hauptpostamt waren sogar Maschinengewehre untergebracht. Am Eingange der Ludwigstraße waren zwei Schußbahngewehre aufgestellt, welche das Viertel mit Beschüssen besetzten. Dem Stadtkommandanten wurden von dem Führer der Regierungstruppen am frühen Morgen telefonisch die Bedingungen für die Uebergabe der Stadt übermittle: nämlich 1. unbedingte Anerkennung der Regierung Hoffmann, 2. Abgabe sämtlicher Waffen, 3. Auslieferung der Waffenspeicher, 4. Besetzung der Stadt durch Regierungstruppen, 5. Bildung einer Polizeier in Augsburg, entsprechend den Maßgaben Bayern gegebenen Bestimmungen, die auch die